



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 500. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 25. October 1878.

Deutschland.

Berlin, 24. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Pfarrer em. Carl Friedrich von Bismarck im Kreise Prenzlau, dem Geheimen Registrator, Kammerleuth Lehmann im Justizministerium, dem Kreisgerichts-Secretär und Kammerleuth Director, Kammerleuth Mähe zu Posen und dem Oberrevisor a. D. Brodmann zu Göttingen, den Hohen Adler-Orden vierter Klasse; dem Landrath a. D. v. Holzbrind zu Altona den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Regierungs- und Baurath Gremer zu Coblenz den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem em. Schullehrer Schaum zu Weimar den Hohen Adler-Orden des königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem Landrath a. D. v. Hildebrandt, dem Kammerleuth Daniel Stange zu Raditz im Kreise Pommern das Allgemeine Ehrenzeichen; endlich dem Fischerei-Pächter Heinrich Schwanen sen. und dem Fischer Heinrich Schwanen jun., beide zu Blom, die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches die von dem reformirten Consistorium zu Metz vorgenommene Ernennung des Pfarrers Ludwig Emil Goumez in Uhrweiler zum Pfarrer in Lixheim, Bezirk Lothringen, bestätigt.

Se. Majestät der König hat den Obergerichtsrath Burckhardt in Berlin unter Verleihung des Titels Kronanwalt mit dem Amte des Kron-Anwalts bei dem Obergericht in Celle beauftragt; das technische Mitglied der Eisenbahn-Commission zu Hannover, bisherigen Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspicitor Max Conrad Böttcher zum Regierungs- und Baurath ernannt; sowie dem Kaufmann Louis Franz Sy, Mitinhaber der Firma Sy u. Wagner, bormals G. Hoffmann zu Berlin, den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Der seitige Kreisphysikus, Sanitäts-Rath Dr. med. Bode in Hofgeismar ist zum Kreis-Wundarzt des Stadtkreises Cassel ernannt worden. [Befanntmachungen aus Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nr. 247 der „Berliner Freien Presse“ (Hauptblatt und Beilage) vom heutigen Tage und ebenso das fernere Erscheinen dieser periodischen Druckschrift nach § 11 des eben genannten Gesetzes durch die unterzeichnete Landespolizeibehörde verboten ist. Berlin, den 23. October 1878. Königlich Polizeipräsidium. v. Mabal.

Berlin, 24. Octbr. [Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Freitag, Vormittag um 11 Uhr, militärische Meldungen und demnächst die Vorträge des Chefs der Admiralität und des den Chef des Militärkabinetts vertretenden Majors von Braudisch entgegen. — Gegen Abend hielt der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg Vorträge. — Gestern früh um 7½ Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit Se. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm zu Wagen nach Spandau zur Jagd. — In Spandau nahm Se. Kaiserliche Hoheit die Meldung des Commandanten, General-Majors von Quistorp, entgegen. — Nach der Jagd in der Spandauer Forst kam derselbe mit dem Prinzen Wilhelm nach Berlin und nahm im hiesigen Palais um 6½ Uhr Abends den Vortrag des Staatsministers von Bismarck und später den des Justizministers Dr. Leonhardt entgegen. — Um 9 Uhr lehrte Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin, welche zum Besuch des Concerts in der Singakademie nach Berlin gekommen war, und mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm nach Potsdam zurück. (N.-Anz.)

Berlin, 24. Octbr. [Instruktionen an die Regierungen bezüglich der Ausführung des Socialistengesetzes. — Zur Ausführung der Reichsjustizgesetze. — Stempeln der Briefe. — Reichs-Telegraphen-Anstalten.] Der Minister des Innern hat bereits am 22. d. M. die Instruktion an die Regierungen und an das hiesige Polizeipräsidium wegen Ausführung des Socialistengesetzes erlassen. Im Eingange wird betont, daß wenn der Zweck des Gesetzes erreicht werden soll, die in demselben gewährten Mittel mit Ernst und Entschiedenheit, aber auch mit Umsicht und voller Loyalität gebraucht werden müssen. Danach sei sorgfältig darauf zu achten, daß das Gesetz nicht gegen andere als socialdemokratische, socialistische oder communisistische Bestrebungen angewendet werde und gegen diese nur dann, wenn die in dem Gesetze angegebenen Merkmale ihrer Gemeingefährlichkeit vorhanden sind. — In der letzten Staats-Ministerial-Sitzung sind außer den gemeindefreien, zur Ausführung der Reichsjustizgesetze bestimmten Gesetzentwürfen noch in Beratung gezogen worden: Eine Schiedsmannsordnung, eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Studirenden, bezüglich des Disziplinarrechts über die akademischen Bürger und das dem Reichstag vorgelegte Gesetz über den Schutz nützlicher Vogelarten. — Eine für das Publikum werthvolle Anordnung ist seitens des General-Postmeisters unter dem 19. d. M. ergangen; es wird darin eingeführt, dem Stempeln der Briefe die an manchen Orten vermehrte Sorgfalt zuzuwenden. Es soll namentlich nicht mehr unterlassen werden, die frankirten Briefe mit einem zweiten Abdruck des Postaufgabestempels zu versehen, da aus dem ersten, zur Entwerthung des Postwerthzeichens dienenden Abdruck Tag und Stunde der Einlieferung, sowie der Aufgabe-Ort häufig nicht mit hinlänglicher Deutlichkeit erkannt werden können. — Nach einer amtlich aufgestellten Uebersicht über die während des dritten Vierteljahres 1878 bei den Reichstelegraphen-Anstalten vorgenommenen Veränderungen sind 457 neue Anstalten eingerichtet, darunter 143 mit Fernsprechern; wieder eröffnet wurden 7, geschlossen 16. Sonstige Veränderungen traten bei 10 Anstalten ein. In der ersten Hälfte des October wurden 20 neue Telegraphen-Anstalten eröffnet, darunter 10 mit Fernsprechern.

Berlin, 24. Octbr. [Rekursinstanz für das Socialistengesetz. — Vom Bundesrathe. — Die Verhandlungen des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen. — Die Stellung Hübner's.] Der Bundesrath trat heute Nachmittag 2 Uhr zu einer Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichskammeramts, Staatsministers Hofmann, zusammen. Abgesehen von einer Zoll- und Steuer-Angelegenheit untergeordneter Bedeutung, beschäftigte man sich mit der Zusammenfassung der Beschwerde-Instanz für das Socialistengesetz, deren schnelle Constituirung durch das Inkrafttreten und die bereits erfolgte Anwendung des Gesetzes geboten war. (Die ernannten Mitglieder sind bereits telegraphisch gemeldet worden. D. Red.) — Die laufenden Geschäfte des Bundesraths werden nach wie vor ohne Unterbrechung erledigt, nur in Bezug auf legislativische Arbeiten tritt eine naturgemäße Pause dadurch ein, daß die Hauptaufgaben, die der Bundesrath demnächst zu erledigen hat, von den schwebenden Enqueten abhängig sind. Diese werden indessen bis zur Mitte

des December so weit abgeschlossen sein, daß der Bundesrath unmittelbar seine Verhandlungen daran knüpfen kann. — Die Verhandlungen des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen sind dem Bundesrathe zugegangen, ebenso werden ihm alle auf den Etat der Reichslande pro 1879—80 und sonst auf Staatsangelegenheiten der letzten Jahre bezüglich Vorlagen unterbreitet werden. — Die Blätter haben kürzlich berichtet, daß der Finanzminister Hübner wegen Unwohlseins einem Ministerrathe fern geblieben sei. Das Gerücht war schnell bei der Hand, aus diesem Vorgange eine Erschütterung der Stellung des Finanzministers herzuleiten. Bedarf diese Angabe allerdings keiner Verichtigung, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Stellung des Finanzministers keine beneidenswerthe ist, und die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, ganz enorme sind. Man braucht dieselben innerhalb des preussischen Verwaltungsapparats des Ministers nicht suchen, obwohl sie freilich auch da nicht fehlen. Ihr Schwerpunkt ruht in den Aufgaben, welche ihm die geplante Reform der Zölle und Steuern des Reiches stellen. Man will in sonst gut unterrichteten Kreisen wissen, die Situation, welche Herr Hübner bei Uebernahme des Portefeuilles der Finanzen vorgefunden habe und welche ihm den Antritt des Amtes ermöglichte, hätte sich seitdem verändert, und bezweifeln, daß es dem Minister auf die Dauer möglich sein möchte, den Schwierigkeiten von seinem Standpunkte aus zu begegnen. Diese, augenblicklich nicht einmal mehr vor sich aufstrebenden Zweifel sind zuerst nach dem Schluß der Heidelberger Finanzminister-Conferenzen aufgetaucht, in Betreff deren man überhaupt nicht umsonst so tiefes Schweigen beobachtet. Allem Anschein nach sind manche Illusionen in Bezug darauf getauscht worden.

Berlin, 24. Octbr. [Ausführung des Socialistengesetzes in Berlin. — Beschwerden unterdrückter Vereine.] Das Berliner Polizeipräsidium hat die Ausführung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie mit Energie in die Hand genommen. Dem Verbote von einer Reihe in- und ausländischer Druckschriften und der Schließung von vier hier domicilirenden Vereinen, welche der gestrige „Reichs- und Staats-Anzeiger“ meldete, folgte noch gestern Abend die Confiscation der neuesten Nummer des hiesigen socialdemokratischen Organs, der „Berliner Freien Presse“, und zugleich die vollständige Unterdrückung dieses Blattes, das freilich schon heute Morgen unter dem neuen Titel „Berl. Tagespost“ seine Auserlesung feierte. Damit die „Tagespost“ nicht als Fortsetzung der „Freien Presse“ ohne Weiteres ebenfalls unterdrückt werden kann, sind Verlag und Redaction gewechselt. Nur die Druckerei (Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei G. G.) ist geblieben, aber man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszufragen, daß auch sie dem § 23 des Gesetzes zum Opfer fallen wird. (Ist nach dem vorliegenden Berliner Telegramm bereits geschehen.) Das neue Blatt kündigt an, wie das schon an mehreren Orten von den bisher socialdemokratischen Zeitungen geschehen ist, daß es einer unabhängigen und freisinnigen Tendenz ohne bestimmte Parteistellung dienen werde. Uebrigens waren den Landespolizeibehörden bis heute noch keine definitiven Instruktionen für die Ausführung des Gesetzes vom Ministerium des Innern zugegangen. Was bisher geschehen ist, geschah auf Grund vorläufiger Instruktionen, ehe noch die Commission für die Beschwerde-Instanz in Thätigkeit war. Man hat eben von Seiten der Behörden nach Publikation des Gesetzes keinen Tag mehr verlieren wollen. — Dem Vernehmen nach werden zwei von den vier socialistischen Vereinen, welche gestern auf Grund des § 1 (Abs. 1 u. 2) des Socialistengesetzes von der hiesigen Landespolizeibehörde unterdrückt worden sind, die Beschwerde an die Bundesraths-Commission einreichen. Die besagten Vereine wollen den Beweis führen, daß sie nicht politischen Tendenzen gehuldigt hätten; es seien nur materielle Fragen und auf die Belehrung der Volksklassen gerichtete Bestrebungen bei den Zusammenkünften behandelt worden.

[Socialdemokratische Presse.] Von socialdemokratischen Blättern geht auch die „Neue Offenbacher Zig.“ ein, an deren Stelle aber das „Offenbacher Tageblatt“ angekündigt wird. — Der „Criminell-Bürger- und Bauernfreund“ bringt an der Spitze des Blattes folgende Ansprache an seine Leser: „Nach der durch den Reichstag erfolgten Annahme des Socialistengesetzes sieht sich die Redaction zu folgender Erklärung veranlaßt: „Die Auslegung, welche das Gesetz durch die ausführenden Behörden finden wird, steht noch nicht fest. Um die Existenz unseres Blattes nicht zu gefährden, glauben wir uns verpflichtet, die denkbar schärfste Auslegung des Gesetzes im Auge zu halten; wir werden daher in unserer Redaction Alles vermeiden, was bei einer solchen Art der Auslegung zu einem Einschreiten gegen das Blatt führen kann.“ — Das seit dem 1. October 1877 dreimal wöchentlich in Kiel erscheinende socialdemokratische Organ für die Provinz Schleswig-Holstein genannt „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ ist am 22. d. zum letzten Male ausgegeben worden. An der Spitze seiner letzten Nummer bringt das Blatt eine Ansprache an seine Leser, in welcher als Ursache seines plötzlichen Eingehens einestheils die drohende Gefahr des Ausnahmegesetzes, andernteils die geringe Zahl der Abonnenten bezeichnet wird. Das Blatt hat es in den beiden ersten Quartalen seines Bestehens auf ca. 2200 Abonnenten gebracht; im dritten und vierten Quartal habe es jedoch 400 und im jetzigen laufenden Quartal abermals etwa 200 Abonnenten verloren. Die Zahl von ca. 1600 Abonnenten deckten aber bei weitem nicht die auf der Zeitung ruhenden Ausgaben. Es wird zugegeben, daß namentlich die Parteigenossen auf dem Lande und in den kleinen Orten sich von der Partei hätten abwendig machen lassen. Die übrig gebliebenen Getreuen werden aufgefordert, im Stillen fortzuwirken, nachdem die Socialdemokratie aus der Öffentlichkeit verdrängt sei. Die Genossenschaftsbuchdruckerei in Kiel, in deren Verlage die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ bisher erschienen, besteht vor der Hand fort.

[Das Centralwahlcomité der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.] das sich bekanntlich mit dem Erlaß des Socialistengesetzes aufgelöst hat, veröffentlicht eine Abrechnung seiner Einnahmen und Ausgaben vom 1. Februar bis 18. October c., die mit 69,218 M. balanciren. Während dieser 7½ Monate sind verausgabt worden u. A. für ständige Agitation, Monatszusätze und Reisepensen 18,126 M., zur Förderung literarischer Zwecke 3976 M., für den Unterstützungsfonds 11,092 M., für Wahlkosten (Wahlagitationen und Reichstagsdiäten) 30,452 M., für die Verwaltung 4516 M.

[Agitation für eine andere Einteilung der Berliner Wahlkreise.] Bereits zur Zeit des letztverfloffenen Wahlkampfes wurden verschiedene Stimmen dahin laut, daß eine anderweitige Einteilung der sechs Berliner Wahlkreise nicht ungemäßer sein dürfte. Man schlug damals mit Rücksicht auf die vorherrschend socialdemokratische Färbung der Außenstädte die Umwandlung der peripherischen Einteilung der Wahlkreise in eine radiale vor, so daß jeder Kreis eine von centralen und vorstädtischen Bewohnern combinirte Wählerchaft aufzuweisen habe. Diesem Projecte, über das seitdem nichts wieder verlautete, ist gegenwärtig eine Anzahl stimmberechtigter Bürger im sechssten Reichstagswahlkreise näher getreten und hat eine Vorlesung an den Magistrat beschlossen und entworfen, Zuzustimmung der städtischen Verwaltung ersucht wird, im Sinne dieses Projectes zu wirken. Um sich über die vorerwähnte Stimmung zu orientiren und zur Einholung der Meinungen der mittheilungsberechtigten Bürger, beabsichtigen die Antragsteller eine größere Versammlung einzuberufen, in welcher das angeordnete Thema besprochen werden soll.

[Die sächsischen Domstifter.] Dem Vernehmen nach werden sich in den nächsten Tagen zunächst der Minister des Innern und der Kultusminister darüber schlüssig machen, ob dem nächsten Landtage eine Vorlage wegen Reorganisation der sächsischen Domstifter Naumburg, Merseburg und Zeitz gemacht werden soll oder nicht. Nach dem in voriger Session dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzentwurf sollten die Stifter Naumburg und Zeitz zu einem Stifte Naumburg-Zeitz verschmolzen werden, welches dann mit 3 Mitgliedern besetzt werden würde, deren Präbenden zwischen 2000 und 3000 Mark bemessen sein sollten. Das Abgeordnetenhaus zeigte aber nicht Lust, von Neuem Sinecuren zu schaffen und wollte nach dem Ableben der jetzigen Domherren die Einkünfte ausschließlich für kirchliche und Schulzwecke verwendet wissen. Inzwischen hat sich die Sachlage insofern etwas geändert, als zwei Mitglieder der Domstifter mit Tode abgegangen sind, und zwar Graf v. Werthern-Beichlingen, Domdechant vom Stifte Naumburg und v. Wippen, Domdechant vom Stifte Merseburg. Letzteres hat jetzt nur noch 2 Mitglieder, nämlich v. Münchhausen und v. Mantel; die Domdechantenstelle, 12 Capitular- und 4 Minoritätspräbenden sind unbesetzt. Die Stifter Naumburg und Zeitz haben sogar nur je 1 Mitglied, das erstere den Justizrath v. Rabenau, das letztere den Pfarrer Schent zu Döbendorf bei Naumburg. In Naumburg sind unbesetzt die Domdechantenstelle, 4 Präbaturen, 6 Canonicate, 6 Major- und 4 Minorpräbenden.

[Marine.] S. M. gedeckte Corvette „Prinz Adalbert“, 12 Geschütze, Commandant Capitän z. S. Mac Lean, ist am 20. Octbr. c. Vormittags in Plymouth eingetroffen.

[Ungarische Sensationen: Märchen.] Durch ungarische Blätter geht eine Anekdote des Inhalts, Kaiser Wilhelm habe Herrn v. Jeleny gegenüber geäußert, falls die Oesterreicher nach Plewna mobilisirt hätten, wäre er, Kaiser Wilhelm, binnen drei Wochen in Wien gewesen. Von competentester Seite ist der „Pester Lloyd“ zur Erklärung ermächtigt, daß Kaiser Wilhelm Herrn v. Jeleny gegenüber weder diese noch irgend eine ähnliche und überhaupt keine Anekdote politischer Natur geäußert, sondern daß sich das Gespräch Sr. Majestät mit dem ungarischen Abgeordneten lediglich auf Angelegenheiten der protestantischen Kirche beschränkt habe.

[Braunschweig, 22. Oct.] [Ein Brief Brade's.] Der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Brade veröffentlicht im „Braunschweiger Volksfreund“ folgenden Brief: „An meine Gefinnungsgenossen. Wie ich bei meiner Rückkunft vom Reichstage bemerkte, herrscht vielfach die Meinung, als ob durch das Socialistengesetz die Genossenschaften, Gewerkschaften, Hilfskassen u. unumittelbar gefährdet und deren Vermögen mit Beschlagnahme bedroht sei. Es ist das ein Irrthum. Jene Vereinigungen müssen allerdings strengstens darauf sehen, daß in ihnen keine „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete socialdemokratische, socialistische und communisistische Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen, gefährdenden Weise zu Tage treten.“ So lange man nicht weiß, was die Behörden unter solchen Bestrebungen begreifen, empfiehlt sich dabei eine ganz besondere Vorsicht. Wird diese aber geübt, so haben jene Vereinigungen von dem Gesetze nichts zu fürchten. Im schlimmsten Falle können sie zur Liquidation gezwungen oder unter staatliche Controle gestellt werden. Von einer Beschlagnahme ihres Vermögens ist überall keine Rede. Ebenso ist die Meinung, daß Privatbibliotheken durch das Gesetz gefährdet seien, durchaus unbegründet. Die auf Grund des Gesetzes verbotenen Schriften können nur da confiscirt werden, wo sie sich zum Zweck der Verbreitung vorfinden. In seinem Privatbesitz kann Jeder haben, was er will. Nicht die socialdemokratische Ueberzeugung ist unter Verfolgung gestellt, sondern nur jene angeblich vorhandene Art der Agitation, welche „in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet ist.“ Wie viel Spielraum uns dabei zur Propaganda für unsere auf das Wohl des gesammten Volkes, auf eine Verbesserung der Gesetzgebung gerichteten Bestrebungen gelassen werden wird, muß die Erfahrung lehren. Den Spielraum aber, den das Gesetz resp. die Anwendung desselben seitens der Behörde der socialdemokratischen Agitation läßt, werden wir benutzen. Gut ist's, wenn Jeder seine Zunge in Acht nimmt. In Zeiten, wie jetzt, wird die geringste unbedachte Aeußerung oft zu einem der Interessen des Einzelnen sowohl wie die der Gesamtheit tief schädigenden Verbrechen. Bedenke Jeder, daß er durch seine Worte und Handlungen nicht nur sich, sondern dem großen Ganzen Schaden zufügen vermag. Im Uebrigen vertrauen wir auf die Gerechtigkeit unserer Sache.“

—ch. Von der sächsischen Grenze, 23. Oct. [Ein Nachspiel zum Proceß Hölzel. — Socialdemokratisches. — Feldwebellieutenants.] Als der Proceß Hölzel im Gange war, beschuldigten socialdemokratische Blätter den Leipziger Kaufmann Bruno Sparig, Vorstandsmitglied des Reichsvereins, daß er dem Attentäter das Reisegeld nach Berlin gegeben habe. Kaufmann Sparig, einer der unermüdetsten Agitatoren der Nationalliberalen, ist bei den Socialisten seit seiner Disputation mit Bebel sehr übel angeschrieben und so druckte denn eins ihrer Blätter nach dem andern die beglückwünschende Mitteilung ab mit mehr oder minder höhnischen Bemerkungen über den nationalliberalen Herrn, der sich von einem Hölzel habe naschieren lassen. Jetzt ist der Redacteur der „Sackel“ in Leipzig, der für seine Mittheilung auch nicht den Schatten eines Beweises vorbringen konnte, wegen dieser Erfindung zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt und einen ähnlichen Ausgang werden wohl die meisten Proceße haben. — Die socialdemokratische Presse in Sachsen hat sich gehäutet, um ohne Parteibezeichnung unter andern Titel zu versuchen, ob man ihr die Existenz lassen wird. Die wahrheitsgetreue und durchaus objectiv Berichterstattung wird nach der Verurteilung der meisten neuentstandenen Blätter ihr einziges Bestreben sein. Die socialdemokratischen Vereine haben augenscheinlich auch ihre Auflösung nicht abgewartet, sondern sich vorher aufgelöst. In Dresden ist das in durchaus ruhiger Weise geschehen und ohne phrasenhafte Ansprachen. — Dresdener Blätter berichten von der Errichtung einer neuen Charge in der sächsischen Armee, zu der voraussichtlich großer Zubrang stattfinden wird. Dieselbe soll nach dem Muster des sächsischen Gebietencorps Feldwebellieutenants erhalten, die sich drei Tage nach der Mobilisirung bei den Landwehrbureaus zur Dienstleistung zu melden haben. Sie tragen dann Feldwebeluniform mit Unterlieutenants-Spauletten, beziehen Gehalt und Kriegszulage, wie ein Secondelieutenant und finden für Ausbildung der Rekruten und sonstigen Gar-nisondienst im Vaterlande Verwendung.

Darmstadt, 22. Octbr. [Demission.] Der Präsident des

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.